

Blickpunkt Kantone

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **74 (1987)**

Heft 2: **Schulklima : Zusammenarbeit und Fortbildung im Schulhaus ;
Thesen zur Informatik**

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

LU: «Gefahren durch zuviel Mundart»

Gefahren sieht Erziehungsdirektor Walter Gut durch den Vormarsch der Mundart in der deutschsprachigen Schweiz. Diese staats- und kulturpolitischen Gefahren seien mit den Händen zu greifen, schreibt Gut im Mitteilungsblatt des luzernischen Erziehungsdepartementes.

«Wir schulden es unseren französisch- und italienischsprachigen Miteidgenossen, dass sie uns verstehen können.» Für ein gedeihliches Zusammenleben der Sprachgruppen in unserem Land, meint Gut, sei der Gebrauch jener Sprache, die gesprochen und geschrieben wird, eine elementare Voraussetzung. Je wirksamer die Mundart die deutsche Schriftsprache zurückdränge, um so mehr verkümmere die Fähigkeit des Deutschschweizers, sich in Hochdeutsch auszudrücken. Zudem lockere sich die lebensnotwendige Verbindung mit dem deutschen Sprach- und Kulturraum.

Gefahr sieht der Luzerner Regierungsrat aber auch für die Mundart selber: «Vor allem die elektronischen Medien, die ihren Sitz in Zürich, Bern und Basel haben, tragen wesentlich dazu bei, dass die kleinräumigen Dialekte der deutschen Schweiz in ihrem Eigenprofil, in ihrer Identität, Schaden leiden. Sie fördern die Tendenz zu einem verwaschenen Einheitsdialekt.»

LU: Französisch-Entscheidung fällt bald

Der Erziehungsrat des Kantons Luzern wird im Juni 1988 über die Einführung des Französischunterrichts an den Primarschulen entscheiden. Zur Unterstützung des verantwortlichen Projektleitungsteams Französisch ist eine Kommission gegründet worden, deren Mitglieder nicht nur aus dem Erziehungssektor, sondern zu einem grossen Teil aus Industrie, Verwaltung, dem Bank- und Versicherungswesen kommen.

An der ersten Luzerner Kommissionssitzung Anfang Dezember stand im Vordergrund der lebhaften Diskussion das Problem der amtierenden Primarlehrer, die – wie es hiess – zu 80 Prozent der neu auf sie zukommenden Aufgabe mit etlichen Bedenken entgegensehen. Die Anregung, für den Französischunterricht einen Fachlehrer anzustellen und damit die relativ kostspielige und für die Lehrer belastende Ausbildung zu sparen, wurde zwar akzeptiert, doch war die Mehrheit der Kommissionsmitglieder der Ansicht, das Klassenlehrerprinzip, das ein Vertrauensverhältnis zwischen Klasse und Lehrer schafft, müsse vorrangig erhalten bleiben.

Allgemein wurde im Verlauf der Sitzung festgestellt, dass im heutigen Unterricht eine Verschiebung vom Schriftlichen zum Mündlichen stattgefunden habe, dem auch beim neuen Französischunterricht Rechnung getragen werden solle. Bedenken wurden wegen einer Kürzung des für Deutschschweizer so wichtigen Deutschunterrichts zugunsten der zusätzlichen zwei Französischstunden pro Woche geäussert.

LU: Versuch mit Schule ohne Noten (Sono)

Jetzt gibt es doch noch einen Schulversuch ohne Noten. Der Erziehungsrat des Kantons Luzern hat beschlossen, vom Schuljahr 1988/89 an einen auf vier Jahre befristeten Versuch durchzuführen, bei dem die Lehrer der ersten und zweiten Primarklasse die Wahl haben, ihre Schülerinnen und Schüler ganzheitlich oder mit Noten zu beurteilen. Das neue Modell wurde von der Pädagogischen Kommission ausgearbeitet, die sich auf einen weitergehenden Vorschlag einer Arbeitsgruppe stützen konnte. Dieser war vom Erziehungsrat im letzten Januar abgelehnt worden (Vgl. «schweizer schule» 4/86, S. 31 ff.).

Der neue Schulversuch läuft unter dem Titel «Ganzheitliche Schülerbeurteilung», in der öffentlichen Diskussion besser bekannt als Sono (= Schule ohne Noten). Zwischen 1984 und 1986 war bereits mit elf Lehrern ein Vorversuch an Primar- und Sekundarschulen durchgeführt worden. Daraus resultierte ein Bericht, der einen weitergehenden, fünfjährigen Versuch mit 75 Lehrern auf freiwilliger Basis vorschlug. Doch im Januar 1986 sagte der Erziehungsrat nein, versprach aber, die Unterlagen der Pädagogischen Kommission weiterzugeben mit dem Auftrag, «Vorschläge für das weitere Vorgehen zu unterbreiten». Das nun abgesegnete Projekt beschränkt sich auf die 1. und 2. Klasse der Primarschule und läuft vorläufig während vier Jahren. Die Lehrer, die sich interessieren, müssen zudem die Bewilligung der örtlichen Schulpflege einholen und einen Einführungskurs besuchen. Im weiteren sind sie verpflichtet, während des ersten Versuchsjahres 1988/89 an einem berufsbegleitenden Kurs teilzunehmen.

SZ: Arbeitslehrerinnen-Seminar in Ingenbohl aufgehoben

Die Schulleitung des Töchterinstituts Theresianum Ingenbohl hat verschiedene Strukturänderungen beschlossen. So wird wegen immer geringerer Nachfrage auf das Schuljahr 1987/88 hin das Arbeitslehrerinnen-Seminar aufgehoben und nur noch das Arbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen-Seminar geführt. Ebenfalls ab Schuljahr 1987/88 wird im Gymnasium keine erste Klasse mehr geführt, weil immer mehr Schülerinnen den sogenannten gebrochenen Bildungsweg wählen, das heisst, sie besuchen vorerst die Sekundarschule, bevor sie sich für das Gymnasium entscheiden. Schliesslich hat ebenfalls der Rückgang der Schülerinnenzahlen das Theresianum veranlasst, im Primarlehrerinnenseminar ab dem Schuljahr 1987/88 bis auf weiteres nur alle zwei Jahre eine erste Klasse zu führen.

SZ: Anerkennung für Pfäffiker Matur

Auf Antrag der Eidgenössischen Maturitätskommission hat das Departement des Innern (EDI) der Kantonsschule Pfäffikon die eidgenössische Anerkennung des Maturitätstypus E (Wirtschaftsgymnasium) zugesprochen.

SZ: Gegen Französisch an der Primarschule

Die Schwyzer Sekundarlehrer-Konferenz (SSK) hat sich geschlossen gegen die mittelfristig geplante Einführung des Französischunterrichts an der Primarschule ausgesprochen. An der Jahresversammlung dieser Vereinigung hat eine Konsultativabstimmung diesbezüglich ein einstimmiges Resultat erbracht.

NW: Kantonalisierung des Stanser «Kollegi»

Im *Nidwaldner Landrat* passierte das neue Mittelschulgesetz in erster Lesung ohne Diskussion. Das Gesetz schafft die Grundlage für die Übernahme des bisherigen vom *Kapuzinerorden* geführten Kollegiums St. Fidelis in Stans durch den Kanton.

ZG: Der Beschluss des Erziehungsrates zum Thema «Qualitätsverbesserung an den Zuger Schulen» liegt vor

Ab dem Schuljahr 1988/89 soll die Anzahl von Pflichtlektionen für alle Volksschullehrer um wöchentlich zwei Lektionen herabgesetzt werden. Weiter sollen die Zuger Lehrer ab dem 55. Altersjahr um zwei und ab dem 60. Altersjahr um drei Wochenlektionen entlastet werden. Dies und die Totalrevision des Schulgesetzes schlägt der Zuger Erziehungsrat der Regierung vor. Ab dem Schuljahr 1988/89 soll mit der Intensivfortbildung für Lehrer der Volksschule und des Kindergartens begonnen werden.

Schliesslich sieht die Totalrevision des Schulgesetzes unter anderem die Klassenlehrerstunde, Maximalklassengrössen, neue Anstellungsbedingungen der Lehrer sowie Unterrichtsentlastung von Lehrern, die an grösseren Projekten mitarbeiten, vor. Weiter sollen mittels Gesetz über die Pensionskasse des Kantons Zug die Probleme rund um Überbrückungsrenten für Lehrer und Beamte, die sich freiwillig vorzeitig pensionieren lassen, gelöst werden.

Wie der Erziehungsrat in seinem Beschluss festhält, steht im Mittelpunkt des vorgeschlagenen Massnahmenpakets die Schule und insbesondere der Schüler. Soweit möglich, sollen diese Massnahmen auch den tätigen Lehrern Verbesserungen und den arbeitslosen Lehrpersonen Arbeit bringen. «Dies aber eben nur als willkommener Nebeneffekt, gilt es doch zu berücksichtigen, dass die Schule ein «Dienstleistungsbetrieb» zum Wohle der Erziehung unserer Jugend ist», stellt der Erziehungsrat fest.

Ob die Massnahmen, wie sie der Erziehungsrat der Regierung vorschlägt, durchgeführt werden, liegt sowohl beim Regierungsrat als auch beim Kantonsrat und bei den Gemeinden. Wenn es zur vorgeschlagenen Gesetzesänderung durch den Kantonsrat kommt, soll das Pflichtpensum der Lehrer aller kantonalen Schulen um zwei Lektionen reduziert werden.

ZG: Vertrag mit Institut Juventus verlängern

Bis auf weiteres will der Regierungsrat des Kantons Zug den Vertrag mit dem Institut Juventus in Zürich über die Durchführung von Berufswahlkursen verlängern und den Zuger Berufswahlschülern weiterhin Schulgeldbeiträge vergüten. Zugleich soll der Beschluss in beschränktem Rahmen so ausgedehnt werden, dass unentschlossenen Werkschülern diese Möglichkeit ebenfalls an der Werkjahr- und Berufswahlschule des Bezirks Horgen geboten werden kann.

ZG: Erstmals ein Laie als Seminardirektor in Menzingen

Die Provinzleitung der Menzinger Schwestern hat den 41-jährigen Luzerner Hans Hodel zum neuen Direktor des Lehrerinnen-Seminars Bernarda ernannt. 54 Lehrkräfte, davon je die Hälfte Schwestern und Laienlehrer, unterrichten zurzeit 244 Schülerinnen. Mit Hodel wurde erstmals in der Geschichte des Seminars Bernarda ein Laienlehrer an die Spitze der Schule gewählt.

SO: Knappe Annahme des «gleichen Unterrichtsangebots»

Im Kanton Solothurn ist eine *Änderung des Volksschulgesetzes*, die auf ein gleiches Unterrichtsangebot für beide Geschlechter abzielt, mit 29539 Ja gegen 27557 Nein knapp angenommen worden. Bei einer Stimmbeteiligung von 40,0 Prozent votierten 51,7 Prozent der Stimmenden für die Neuerung und 48,3 Prozent dagegen. Der durch die Bundesverfassung und die neue Kantonsverfassung vorgespürten Gesetzesrevision war einzig durch die CVP Widerstand erwachsen, und sie drang mit ihrer Nein-Parole in der Hälfte der zehn Bezirke durch, während die städtischen und stadtnahen Bezirke der Vorlage zum Erfolg verhalfen.

BS: Arbeitszeitverkürzung für Basler Lehrer

Der *Basler Grosse Rat* hat einem *Antrag der SP- und der Poch-Fraktion* zugestimmt, wonach dem Basler Lehrkörper ab dem Schuljahr 1987/88 eine Verkürzung seines wöchentlichen Pensums um eine Pflichtstunde gewährt wird. Die Vorlage des Regierungsrates, die eine Erweiterung der Altersentlastung auf je zwei Stunden nach dem 50. und 55. Altersjahr vorsah, wurde damit bachab geschickt. Die heute geltende Regelung der Altersentlastung von zwei Pflichtstunden ab dem vollendeten 55. Altersjahr bleibt jedoch bestehen.

GR: Demission des Bündner Seminardirektors

Der seit zehn Jahren als Direktor des Bündner Lehrerseminars amtierende *Peter Risch* hat aus gesundheitlichen Gründen auf Ende des Schuljahres 1986/87 seine Demission eingereicht. Die Demission ist vor dem Hintergrund einer seit Jahren am Bündner Lehrerseminar schwelenden Krise zu sehen, deren Ursache in einer «gestörten zwischenmenschlichen Beziehung zwischen Lehrerschaft und Schulleitung» liegt.

GR: Kein Französischunterricht in Bündner Primarschulklassen

In den Bündner Primarschulklassen wird auch in Zukunft kein Französischunterricht erteilt. Für Graubünden gilt damit bezüglich einer Vorverlegung des Fremdsprachenunterrichts auf die Primarschulstufe gegenüber den andern Kantonen eine *Sonderregelung*. Sie wird, wie der kantonale Erziehungsdirektor *Otto Largiadèr* an der monatlichen Pressekonferenz darlegte, mit der *Sprachenvielfalt* Graubündens und den sich daraus zwangsläufig ergebenden Problemen auch für den Schulunterricht begründet. In Graubünden setzt für *romanischsprachige* Schulkinder in der vierten Primarklasse der *Deutschunterricht* als eigentlicher Fremdsprachenunterricht ein. In den *italienischsprachigen* Schulen wird damit in der fünften Klasse begonnen. Sollten nun diese Bündner Schüler in der Primarschule auch noch Französisch erlernen müssen, würde dies für sie eine *zu grosse Belastung* ergeben.

GR: Teilrevision des Bündner Schulgesetzes

In ausgedehnten Verhandlungen, die sich weit über einen Verhandlungstag hinzogen, hat der *Bündner Grosse Rat* in erster Lesung eine Teilrevision des kantonalen Schulgesetzes durchberaten. Den meisten Diskussionsstoff lieferten die Bestimmungen über die mögliche Einführung der Fünftagewoche, die Doppelbesetzung von Lehrerstellen, die Schaffung von Kleinklassen sowie die Festlegung der maximalen und minimalen Schülerzahlen pro Schulklasse oder Schulabteilung. Kein Gehör fand beim Rat ein Antrag auf Einführung eines dreimonatigen bezahlten Bildungsurlaubs für Lehrer mit 15 Dienstjahren.

TG: Thurgauer Grosser Rat ordnet Herbstschulbeginn

Der Thurgauer Grosse Rat hat verschiedene Verordnungen und Erlasse mit Blick auf die Einführung des Spätsommer-schulbeginns auf die neuen Bedürfnisse der Schule abgestimmt. Der Rat folgte dabei dem Vorschlag der Regierung, die *Schulsemester vom 1. August bis zum 31. Januar* sowie *vom 1. Februar bis zum 31. Juli* dauern zu lassen. Damit werden im Thurgau alle Kinder, die am Stichtag des 30. April das sechste Altersjahr vollendet haben, auf Beginn des neuen Schuljahres schulpflichtig.

TG: Neue Mittelschulpläne für Schloss Glarisegg

Das seit einigen Jahren unbenützte ehemalige Gymnasium Schloss Glarisegg in der Gemeinde Steckborn soll wieder eine Schule werden. Wie der Verein zur Förderung einer anthroposophischen Bildungsstätte für Jugendliche mitteilt, soll eine nach den Grundsätzen der *Pädagogik Rudolf Steiners* geführte Diplommittelschule errichtet werden. Vorgesehen sind, für das *neunte bis zwölfte Schuljahr*, drei Internatsklassen, ergänzt durch einen Vorkurs, in denen Schüler beider Geschlechts im Alter von 15 bis 18 Jahren Aufnahme finden.

TI: Wieder volle Stipendien im Tessin

Der *Tessiner Grosse Rat* hat eine neue Stipendienregelung verabschiedet. Diese sieht unter anderem vor, dass öffentliche Beiträge während der Normaldauer eines Studiums wieder vollumfänglich als *nicht zurückzahlbare Stipendien* gewährt werden. Zusätzlich zu Stipendien können rückzahlbare zinslose Darlehen geleistet werden. Die Regelung der Studienbeiträge war im Tessin 1981 im Rahmen von Sparmassnahmen so geändert worden, dass ein Viertel der Unterstützung nicht als Stipendien, sondern als rückzahlbare *Darlehen* gewährt wurde. Eine Mehrheit des Rates war nun aber der Meinung, man sollte den Studienwilligen keine Hindernisse in den Weg legen und wieder zum alten System zurückkehren.

JU: Brahier übernimmt die jurassische Erziehungsdirektion.

Die im Oktober neu gewählte jurassische Regierung hat sich konstituiert. Der frühere freisinnige Ständerat *Gaston Brahier*, einziges neues Mitglied der fünfköpfigen Regierung, übernahm dabei vom zurückgetretenen freisinnig-reformistischen Roger Jardin das Departement für Erziehung und Fürsorge.



Lehrgänge im Kurszentrum Fürigen
am Bürgenstock

Tänze aus ISRAEL

mit Moshiko Halevy aus Tel-Aviv:
Weekend-Lehrgang 11./12. April
Oster-Tanztage I: 12.–16. April
Oster-Tanztage II: 16.–20. April

Pfingst-Tanztage: 6.–8. Juni:

Tänze aus ARMENIEN

mit Eddy Djololian aus Paris

Sommer-Tanzseminar mit Rundreise in ISRAEL

6.–18. Juli mit Moshiko Halevy und Gastreferenten

Anmeldung: B.+W. Chapuis, 3400 BURGDORF
